

## NIEDERSCHRIFT

### über die 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Donnersbergkreises in der 10. Wahlperiode 2014/2019

in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal  
am Montag, 04. Mai 2015, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführer/in: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

#### **I. Eröffnung und Begrüßung:**

Landrat Werner eröffnet die 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Donnersbergkreises und begrüßt die Anwesenden.

#### **II. Tagesordnung:**

##### **Öffentlicher Teil**

1. Genehmigung der Niederschrift der 1. Sitzung vom 15. Dezember 2014
2. Kindertagesstättenbestands- und Bedarfsplan 2015
3. Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Bereitschaftsdienstes im Jugendamt

Ergebnis der 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Donnersbergkreises am 04.05.2015  
in Kirchheimbolanden

-----

##### **Öffentlicher Teil**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift der 1. Sitzung vom 15.  
Dezember 2014

##### **I. Sachverhalt:**

Landrat Werner verweist auf die Niederschrift und fragt ob Änderungswünsche vorliegen. Solche werden nicht geäußert.

##### **II. Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss des Donnersbergkreises genehmigt einstimmig die Niederschrift der 1. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 15.12.2014.

## **Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Kindertagesstättenbestands- und Bedarfsplan 2015**

### I. Sachverhalt:

Landrat Werner berichtet, dass die 49 Kitas im Donnersbergkreis sehr wohnortnah und dezentral gelegen sind. Der Rechtsanspruch auf Betreuung sei im Kreis erfüllt. So wie durch Gespräche mit den Kitas prognostiziert, werden rd. ¼ der einjährigen Kinder im neuen Kita-Jahr in den Einrichtungen aufgenommen werden. Insgesamt scheint sich die Zahl der Kinder zu stabilisieren, da keine neuen Altersgruppen in die Kitas kommen. Dieser Plan stellt daher viel mehr eine Anpassung an den bestehenden Bedarf dar. Es kann jedoch weiterhin beobachtet werden, dass die Nachfrage nach den Ganztagsplätzen steigt. Dies sei auch gut so, denn dadurch haben Frauen die Möglichkeit Beruf und Familie miteinander zu vereinen.

Landrat Werner bedankt sich abschließend bei den Erziehern/innen in den Kitas, die eine tolle Arbeit leisten und denen die Eltern ihr Wertvollstes anvertrauen können. In den Einrichtungen werden viel Leistung, Engagement und Arbeit eingebracht, um die Kinder auf das künftige Leben vorzubereiten.

Nachfolgend erläutert Dezernent Fabian Kirsch ausführlich den Kindertagesstättenbestand und Bedarfsplan.

Ute Knobloch (B90/Grüne) findet es gut, dass zwischenzeitlich Überlegungen angestellt werden, wie die Arbeit in den Kitas qualitativ verbessert werden kann. Insgesamt klingt es gut, wenn viele 19+6 und 21+4 Gruppen in kleinere altersgemischte Gruppen umgewandelt werden. Es hat den Anschein, dass dadurch bessere Bedingungen geschaffen werden und dadurch auch die Einjährigen aufgenommen werden können. Beim genauen Hinsehen ist jedoch zu erkennen, dass dies immer mit Stellenreduzierungen verbunden ist. So werden rd. 6,5 Stellen eingespart. Sie fragt sich, wie durch Stellenreduzierungen die Qualität der Einrichtungen verbessert werden soll.

Durch Gespräche in der Dialoggruppe mit den Kita-Leitungen ist bekannt, dass die Einrichtungen strukturell am Limit laufen. Den Anspruch umzusetzen - nämlich Bildung und Erziehung zu leisten und jedes Kind individuell zu fördern – wird durch die Bildung der altersgemischten 15er Gruppen und auch durch die Stellenreduzierungen fast unmöglich, so Ute Knobloch.

Des Weiteren setzt sich Ute Knobloch für die Erweiterung der Einzugsgebiete ein, um so die Bedürfnisse der Eltern mehr berücksichtigen zu können.

Weil viele Einrichtungen am Limit laufen, wird über kurz oder lang diese Situation zu einer großen Unzufriedenheit bei den Eltern und bei den pädagogischen Kollegen führen, was Krankheitsausfälle mit sich bringen wird. Ihrer Meinung nach wird man auf Dauer der Situation so nicht standhalten können.

Claudia Manz-Knoll (SPD) erkennt im Plan den Versuch an, Lösungen zu finden, die auch nachhaltig sind. Hierzu gehört auch die Umwandlung in 7+8 Gruppen, wenn die Kinderzahlen keine 25er Gruppen mehr hergeben. Auf der anderen Seite stimmt sie Ute Knobloch zu, dass solche 7+8 Gruppen einen erhöhten Förder- und Betreuungsbedarf aufweisen. Dieses Thema wird allerdings politisch diskutiert, an dem der Kreis oder die Träger nicht schuld sind.

Claudia Manz-Knoll lobt die Kooperationen der verschiedenen Einrichtungen, die sich gegenseitig Unterstützung anbieten. Wie man erkennen kann, geschieht dies auch in allen Verbandsgemeinden, was sehr lobenswert sei.

Dezernent Fabian Kirsch entgegnet zur Wortmeldung von Ute Knobloch, dass die Bedarfsplanung sich an den tatsächlichen Kinderzahlen orientiert und an der Anzahl der Plätze, die für diese Kinder gebraucht werden. Die daraus ergebenden Stellenschlüssel in den Kitas ergeben sich aus der Landesverordnung. Ob die vorgegebenen Stellenschlüssel auskömmlich sind oder nicht - ist sicherlich eine Frage, die in der politischen Sphäre zu klären ist. Wie jedoch bekannt ist, wird dieses Thema derzeit groß diskutiert im Rahmen der Tarifrunde im öffentlichen Dienst.

Klaus Hartmüller (CDU) informiert, die VG Kirchheimbolanden hat zum 15.10.2014 einen I-Stock Antrag für die Generalsanierung der Kita Villa Kunterbunt gestellt. Jetzt mussten sie erfahren, dass diese Zuschussrichtlinien seitens des Landes geändert wurden und es keine Zuschüsse mehr für die Sanierung der Kitas gibt. Es sind Gesamtmaßnahmekosten i.H.v. rd. 900.000 € vorgesehen. Er fragt sich, wie die Kommune dies leisten soll.

Landrat Werner entgegnet, Zuschüsse aus dem I-Stock für die Sanierung und Renovierung von Kitas gab es nie. Denn es gibt beim Land Spezialfördertöpfe für Kitas, Schulen, Straßen und sonstige Angelegenheiten. Nur Projekte, die über diese Spezialfördertöpfe nicht abgedeckt werden, werden im I-Stock aufgearbeitet. Diese Regelung sei allerdings nicht neu. Deshalb ist Landrat Werner auch der Meinung, dass I-Stock Anträge für Kitas oder Schulen nicht sehr erfolgsversprechend sind.

In solchen Fällen bleiben die Kosten in den meisten Fällen beim Träger, wie es auch beim Kreis im Falle von Fenstererneuerungsmaßnahmen an Kreisträgerschaft stehenden Schulen ist. Hier muss der Kreis diese Maßnahmen zu 100% selbst finanzieren.

## II. Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss des Donnersbergkreises beschließt den Kindertagesstättenbestands- und Bedarfsplan für das Jahr 2015 in der vorgelegten Form.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Bereitschaftsdienstes im Jugendamt**

#### I. Sachverhalt:

Simone Huth-Haage (CDU) verweist auf den allen vorliegenden Antrag und ergänzt, dass es ihr zum einen ganz wichtig ist, sich bei den Mitarbeitern im Jugendamt ausdrücklich für ihre Arbeit zu bedanken. Wenn hier über die Frage der Erreichbarkeit diskutiert wird, ist damit keineswegs ein Vorwurf gemeint. Schließlich weiß sie, wie umfangreich und manchmal auch schwierig die Arbeit im Jugendamt ist. Hierfür spricht sie großen Respekt und Anerkennung aus.

Die CDU-Fraktion hält allerdings die Konzeption der Erreichbarkeit im Jugendamt für nicht wirklich überzeugend. Aus diesem Grund wurde auch Anfang des Jahres mit Landrat Werner und Fraktionsführung der CDU-Fraktion ein Gespräch geführt. Ende Januar wurde dies schriftlich der Verwaltung mitgeteilt. Als dritte Initiative liegt nun dieser Antrag vor, über den in diesem Gremium diskutiert werden soll.

Anschließend erläutert sie den Sachverhalt des vorliegenden Antrages und würde sich darüber freuen, wenn die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses dem vorgeschlagenen Konzept zustimmen könnten.

Landrat Werner gibt zu, dass die Situation ihn auch ärgert, wenn während der Dienstzeiten die Telefongespräche nicht angenommen werden. Dieser Problematik stellt sich allerdings die Verwaltung und überlegt, wie dagegen gesteuert werden kann. Es sind grundsätzlich zwei Zeiträume zu unterscheiden: während der Dienstzeit und außerhalb. Außerhalb der Dienstzeit bestehen keine Probleme, denn wenn Gefahr in Verzug ist ruft keiner eine Hotline-Nummer an, sondern die Polizei, was auch die ganze Zeit praktiziert wird und gut funktioniert.

Dezernent Fabian Kirsch klärt auf, die angesprochene Problematik bezieht sich im Wesentlichen auf den allgemeinen sozialen Dienst (ASD). Dieser wird immer dann tätig, wenn es um Kindeswohlgefährdungen und Ähnliches geht. Der ASD ist, wie auch in den meisten anderen Verwaltungen nach Bezirken aufgebaut, sodass eine Sozialarbeiterin für ihre jeweiligen Gemeinden verantwortlich ist. Zusätzlich gibt es eine Vertretung. Hier ist es so organisiert, dass

die Vertretungen in aller Regel gemeinsam mit der zuständigen Sozialarbeiterin in einem Büro sitzen. Allerdings hat die Vertretung natürlich nicht die Kenntnisse der Vorgänge und der Familien in dem Maße, wie es die zuständige Sozialarbeiterin hat. Über die Einrichtung einer Hotlinenummer wird daher auch nicht gewährleistet werden können, dass am Telefon jemand ist, der sich in dem Fall auskennt. Die Möglichkeit einer Rückrufbitte oder die Schilderung des Vorganges mit der Bitte um weitere Bearbeitung sei auch jetzt schon während der Dienstzeit gegeben. Nur in wenigen Fällen können Telefongespräche nicht angenommen werden, denn die Telefonanlage im Haus ist so programmiert, dass ein unbeantworteter Anruf nach einer gewissen Zeit an die Telefonzentrale umgeleitet und angenommen wird. Hier besteht allerdings Optimierungsbedarf, dem man sich auch stellt.

Außerhalb der Dienstzeit ist die Erreichbarkeit über eine Rufbereitschaft geregelt. Die Polizei verfügt über eine Liste mit Gebietsaufteilungen und den jeweiligen Zuständigkeiten des Jugendamtes. Bei Bedarf informieren die diensthabenden Beamten die zuständige Sozialarbeiterin bzw. die Vertretung. Auf eine Nachfrage hin wurde vom Leiter der PI in Rockenhausen berichtet, dass in den letzten 14 Jahren es keinen Fall gab, in dem das Jugendamt nicht erreicht worden wäre. Von der PI Kirchheimbolanden wurde mitgeteilt, dass es in den letzten Jahren lediglich einen einzigen Fall gab, wo nicht sofort jemand erreicht wurde und es musste dann mit einer anderen Mitarbeiterin Kontakt aufgenommen werden.

Nach Ansicht von Landrat Werner besteht das Problem während der Dienstzeit. Deshalb wird die Telefonanlage der Kreisverwaltung so umgestellt, dass ein Anruf nach mehrmaligem Klingeln dann entweder auf den/die Abteilungsleiter/in oder den/die stellvertretenden Abteilungsleiter/in umgeleitet wird. Damit soll sichergestellt werden, dass der Anrufer eine kompetente Antwort erhält oder zumindest die Gewissheit eines Rückrufes oder weiteren Bearbeitung hat. Diese Vorgehensweise würde Landrat Werner gerne über einen gewissen Zeitraum testen, um zu sehen, ob dies funktioniert oder nicht.

Claudia Manz-Knoll (SPD) hat den Antrag mit einer gewissen Irritation gelesen. Auf der einen Seite steht natürlich im medialen Zeitalter die Erreichbarkeit im Vordergrund – hier ist die Kreisverwaltung jedoch dabei, die Abläufe zu optimieren, was auch wichtig und richtig ist. Auf der anderen Seite ist die Belastung der Mitarbeiter, gerade im ASD-Bereich sehr hoch. Sie würde aus diesem Grund diesem Antrag so nicht zustimmen können. Die Mitarbeiter des ASD sind täglich hohen Belastungen ausgesetzt und sind sozusagen die Frontleute des Jugendamtes. Sie durch Bereitschaftsdienste so weit einfach zu institutionalisieren, dass sie an einem gewissen Tag X für alle VG's gleichzeitig zuständig sind, was sie sowieso nicht abdecken könnten – wäre nicht die optimale Lösung, um in dem Bereich eine generelle Erreichbarkeit erzeugen zu können.

Im Donnersbergkreis kann der ASD ein sehr stabiles Netz mit Kontinuität aufweisen. Aus diesem Grund würde Claudia Manz-Knoll davor warnen, solche funktionierenden Systeme auf den Prüfstand zu stellen und das Konzept völlig neu zu gestalten. Ihrer Meinung nach sollte vielmehr die Arbeit der Mitarbeiter wertgeschätzt werden - aber auch Optimierungsmöglichkeiten sollten dabei nicht aus den Augen verloren werden. An dieser Stelle dankt sie den Mitarbeitern des ASD und teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen kann.

Simone Huth-Haage (CDU) verdeutlicht, wenn es heißt, dass es bislang außerhalb der Dienstzeiten keine Vorfälle gab, bedeutet dies allerdings nicht, dass es immer optimal läuft. Derzeit besteht ein System einer Art Rufkette. Der Polizei liegen Rufnummern vor, die sie im Bedarfsfall abtelefoniert. Dieses System findet Simone Huth-Haage nicht wirklich überzeugend und würde sich hier klare Zuständigkeiten wünschen. Auch für die Mitarbeiterinnen würde es klare Regelungen bedeuten. Es geht auch nicht darum, diese Notfallnummer publik zu machen – es geht vielmehr um die Tatsache, dass die Polizei anstatt 10 oder 15 Nummern nur eine Rufnummer hat, bei der sie sicher ist, dass da auch jemand dran geht. Sie bittet diesen Aspekt bei der Diskussion mit zu betrachten.

Caroline Glaß (Polizei) kann berichten, dass es in den letzten Jahren lediglich einen Fall gab, wo nicht sofort jemand am Telefon war. Ansonsten funktioniert die Rufbereitschaft sehr gut und wird bei der Polizei überhaupt nicht als Problem gesehen. Sie als Jugendsachbearbeiterin hat auch während der Dienstzeiten keine Schwierigkeiten das Jugendamt zu erreichen.

Damaris Weingarth (CDU) ist Schulsozialarbeiterin an den Grundschulen der VG Winnweiler. Durch die Schulsozialarbeit wird ein pädagogisches Dreieck geschaffen zwischen Eltern, Jugendamt und Schule. Viele Eltern brauchen Unterstützung, sodass hier Kontakt zum ASD hergestellt werden muss. Damaris Weingarth arbeitet eng mit den zuständigen Sachbearbeiterinnen zusammen und neben den Krisensituationen ist es für sie als Schulsozialarbeiterin ganz wichtig, dass Eltern bei Fragen auch jemanden außerhalb der Dienstzeiten erreichen können. Es wäre daher beruflich und fachlich wichtig, die ASD-Mitarbeiterinnen auch außerhalb ihrer Tätigkeit im Büro zu erreichen. Mit der Einführung von Diensthandys wäre es ein erster Schritt, um die Erreichbarkeit zu erleichtern. So könnten der zuständigen Sachbearbeiterin wichtige Informationen übermittelt werden.

Landrat Werner kann die Meinung von Damaris Weingarth nicht teilen. Es sei keine Aufgabe Anfragen allgemeiner Art, außerhalb der Dienstzeit zu beantworten. Die Erreichbarkeit außerhalb der Dienstzeit ist für Notfälle gedacht. Allgemeine Fragen können während der Dienstzeit geklärt und besprochen werden.

Damian Lohr (AfD) wendet sich an die Antragstellerin und möchte wissen, wie viele Beschwerdefälle es gab. Weiterhin fragt er an, ob andere Kommunen solch einen Bereitschaftsdienst eingeführt haben und bereits Erfahrungswerte mitteilen können.

Simone Huth-Haage (CDU) entgegnet, mehrere Schul- und auch Kita-Leitungen haben die Problematik angesprochen. Eine einheitliche Notfallnummer gibt es auch in anderen Verwaltungen, wie z. B. bei den VG-Werken, was auch sehr gut funktioniert. Ihrer Meinung nach stellt so ein System eine klare Struktur dar, vereinfacht die Abläufe, schafft klare Verantwortlichkeiten und dient der Sicherheit.

Allerdings ist sie gerne bereit, einen Kompromiss einzugehen. Sie schlägt vor heute über den Antrag nicht abzustimmen, sondern viel mehr diesbezüglich in der Diskussion zu bleiben. Über weitere mögliche Optimierungsmaßnahmen sollte gemeinsam diskutiert werden, um die optimale Lösung finden zu können.

Landrat Werner kann der Vorgehensweise zustimmen. Man sei sich über die Wichtigkeit des Themas einig, sodass bei Bedarf die Diskussion erneut aufgenommen werden soll.

Der Jugendhilfeausschuss des Donnersbergkreises stimmt der Vertagung des Antrages zu.

Landrat Werner dankt den Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt um 16.05 Uhr die Sitzung.

gez.  
Vorsitzender  
(Werner)

gez.  
Schriftführerin  
(Herbrandt)

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

## **ABSCHLUSS**

Tag der Einladung: 22.04.2015

Tag der Sitzung: 04.05.2015

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 16.05 Uhr

Zahl der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses 32

Zahl der anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses 25

Zahl der abwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses 7

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführer/in: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt